

A39NEU NEU: Weniger Waffen – Sicherheit neu denken (alter Titel:) Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen, ab Zeile 613

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, DeL. RLP)

Tagesordnungspunkt: 1. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Antragstext

1 „Konventionelle“ Waffen schaffen tagtäglich tausendfaches Leid. Deutschland muss
2 seine Exporte an tödlichen Waffen umgehend und deutlich verringern. Exporte von
3 Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an menschenrechts- und
4 völkerrechtsverletzende Staaten sowie in Kriegs- und Krisengebiete müssen
5 verboten werden. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir eine
6 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen
7 Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Deutschland wird hier mit gutem Beispiel
8 voran gehen. Das bedeutet, dass Kooperationen mit dem Sicherheitssektor –
9 beschränkt künftig ausschließlich auf verbündete Staaten – an die Einhaltung
10 demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien geknüpft
11 werden. Die bisher zu oft praktizierte Weitergabe über Drittstaaten oder
12 Produktion mit deutschen Lizenzen im Ausland (ohne entsprechende
13 Exportbeschränkungen) werden wir unterbinden. Dazu müssen u.a. die Rechte des
14 Europäischen Parlaments gestärkt und ausgebaut werden. Die Berichtspflichten der
15 europäischen Regierungen über ihre Rüstungsexportpolitik müssen vereinheitlicht
16 und verbessert werden und der Gerichtshof der Europäischen Union die
17 Zuständigkeit für die auf der Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen
18 Rechtsakte bekommen. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz
19 vorlegen und ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz
20 einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften
21 für Rüstungsexporte werden nicht mehr vergeben.
22 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir
23 streng regulieren und private Militärfirmen verbieten.

Begründung

Der bisherige Absatz ist zu kurz gedacht und spiegelt weder die grüne Programmatik noch die tatsächlichen Probleme wider.